Zuständigkeitsordnung für die Stadt Marsberg

gemäß Ratsbeschluss vom 27.03.2025

§ 1

Rat

- (1) Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten, die kraft Gesetzes seiner ausschließlichen Entscheidungsbefugnis unterliegen.
- (2) Der Rat entscheidet über die Verfügung über Gemeindevermögen, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, soweit der Wert im Einzelfall 160.000 Euro übersteigt.
- (3) Der Rat kann in den Fällen, in denen er durch die Hauptsatzung oder diese Zuständigkeitsordnung einem Ausschuss oder dem Bürgermeister eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen hat, die Angelegenheit im Einzelfall oder für einen bestimmten Kreis von Geschäften wieder an sich ziehen.

§ 2

Allgemeine Bestimmungen über die Zuständigkeit der Ausschüsse

- (1) Der Rat hat folgende Ausschüsse gebildet:
- (2) Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Feuerwehr, öffentliche Ordnung und Verkehr, Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend, Familie und Soziales, Sportausschuss, Planungs-, Bau- und Umweltausschuss, Wahlprüfungsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Betriebsausschuss.
- (3) Die Ausschüsse haben die grundsätzliche Aufgabe, die Entscheidungen des Rates vorzubereiten. Entscheidungsbefugt sind die Ausschüsse in den Angelegenheiten, die ihnen durch Gesetz, durch die Hauptsatzung, durch diese Zuständigkeitsordnung oder durch Einzelbeschluss des Rates übertragen worden sind.
- (4) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches, die ihrer Entscheidungsbefugnis unterliegen, die Entscheidung auf den Bürgermeister zu übertragen. Sie können die Übertragung der Entscheidungsbefugnis zurücknehmen.

§ 3 **Haupt- und Finanzausschuss**

- (1) Der Haupt- und Finanzausschuss wird ermächtigt, folgende Angelegenheiten zu entscheiden:
- a) alle Angelegenheiten, die nicht dem Rat, einem Ausschuss oder dem Bürgermeister durch Gesetz zur Entscheidung vorbehalten oder durch die Hauptsatzung oder diese Zuständigkeitsordnung zur Entscheidung übertragen worden sind;
 - b) Stundung von Forderungen der Stadt über den Betrag von 11.000 Euro hinaus;
 - c) Niederschlagung von Forderungen der Stadt über den Betrag von 3.000 Euro hinaus;
 - d) Erlass von Forderungen der Stadt über den Betrag von 1.000 Euro hinaus;
 - e) Verfügung über Gemeindevermögen, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt und der Wert im Einzelfall 160.000 Euro nicht übersteigt;
 - f) Kompetenzkonflikte zwischen den Ausschüssen.
- (2) Bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss bei einem voraussichtlichen Auftragsvolumen von über 100.000 Euro im Vorfeld des Ausschreibungsverfahrens bzw. vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens und Auftragserteilung über die Durchführung der beabsichtigten Maßnahme, soweit nicht ein anderer Fachausschuss zuständig ist.
- (3) Bei allen Maßnahmen mit einem Auftragsvolumen ab 25.000 Euro erfolgt eine Information des Haupt- und Finanzausschusses durch den Bürgermeister nach erfolgter Durchführung der Vergabe und Auftragserteilung in einer der darauffolgenden Sitzungen. Bei einem Auftragsvolumen über 100.000 Euro ist hierbei überdies der Preisspiegel (Mitteilung der abgegebenen Angebote mit Angebotssummen) bekanntzugeben.

§ 4 **Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend, Familie und Soziales, Sportausschuss**

Der Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend, Familie und Soziales, Sportausschuss wird ermächtigt, folgende Angelegenheiten zu entscheiden:

- a) Verteilung der im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel zur Kulturförderung, sowie für die Aufgabenbereiche Jugend, Familie und Soziales und

Sport.

b) Grundsätze zur Festlegung der Öffnungszeiten des Hallenbades.

§ 5

Ausschuss für Feuerwehr, öffentliche Ordnung und Verkehr

- (1) Der Ausschuss für Feuerwehr, öffentliche Ordnung und Verkehr wird ermächtigt, folgende Angelegenheiten zu entscheiden:
- a) den Straßenverkehr betreffende Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.
- (2) Bei der Vergabe von Aufträgen für Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände für den Feuerschutz im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entscheidet der Ausschuss für Feuerwehr, öffentliche Ordnung und Verkehr bei einem voraussichtlichen Auftragsvolumen von über 100.000 Euro im Vorfeld des Ausschreibungsverfahrens bzw. vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens und Auftragserteilung über die Durchführung der beabsichtigten Maßnahme.

§ 6

Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- (1) Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird ermächtigt, folgende Angelegenheiten zu entscheiden:
- a) Verfahrensleitende Beschlüsse im Bauleitverfahren; davon ausgenommen sind Beschlüsse gem. § 41 (1) Satz 2 lit g) GO. NW;
 - b) Stellung eines Antrages gem. § 15 BauGB (Zurückstellung von Baugesuchen);
 - c) Erklärung des Einvernehmens über die Zulassung einer Ausnahme von der Veränderungssperre (§ 14 BauGB);
 - d) Erklärung des Einvernehmens in den Fällen der §§ 33 (Zulässigkeit von Bauvorhaben während der Planaufstellung) und 35 Abs. 2 und 3 BauGB (Zulässigkeit von sonstigen Bauvorhaben im Außenbereich);
 - e) Erklärung des Einvernehmens in den Fällen der §§ 19 (Genehmigung zur Teilung von Grundstücken), 31 (Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen rechtsverbindlicher Bebauungspläne) und 34 BauGB (Zulässigkeit von Bauvorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile), soweit der Bürgermeister beabsichtigt, das Einvernehmen nicht zu erteilen;
 - f) Erteilung von Genehmigungen nach § 144 BauGB (Genehmigungspflichtige Vorhaben und Rechtsvorgänge in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten);

- g) Ausübung des Vorkaufsrechtes nach §§ 24 ff. BauGB und § 144 BauGB, soweit die Ausübung vom Bürgermeister im Einzelfall vorgeschlagen wird;
 - h) Angelegenheiten ohne Ortsrechtcharakter im Zusammenhang mit der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Straßenbaubeiträgen, soweit nicht die Zuständigkeit des Bürgermeisters gegeben ist. Der Ausschuss ist kommunale Vertretung i.S.d. § 8a KAG NRW bzw. Gremium der Gemeinde i.S.d. „Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Hiervon ausgenommen ist der Beschluss des Straßen- und Wegekonzeptes gem. § 8a Abs. 1 S. 3 KAG NRW. Diese Aufgabe wird vom Rat der Stadt Marsberg wahrgenommen.
- (2) Bei der Vergabe von Planungsaufträgen, Aufträgen zur Ausführung von Baumaßnahmen und Planungsaufträgen zur Dorfentwicklung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln entscheidet der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss bei einem voraussichtlichen Auftragsvolumen von über 100.000 Euro im Vorfeld des Ausschreibungsverfahrens bzw. vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens und Auftragserteilung über die Durchführung der beabsichtigten Maßnahme.

§ 7 Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss entscheidet im Rahmen der Betriebssatzung für die Stadtwerke über alle Angelegenheiten der Stadtwerke, soweit diese nicht nach der Gemeindeordnung oder der Eigenbetriebsverordnung dem Rat zur Entscheidung vorbehalten sind.

§ 8 Bürgermeister

- (1) Dem Bürgermeister obliegt die Erledigung der Aufgaben, die ihm durch Gesetz, durch die Hauptsatzung und durch diese Zuständigkeitsordnung übertragen sind bzw. als auf ihn übertragen gelten.
- (2) Folgende Angelegenheiten gelten außerdem als Geschäfte der laufenden Verwaltung, die dem Bürgermeister übertragen sind:
 - a) Entscheidung über die gegen Verwaltungsakte eingelegten Rechtsmittel;
 - b) Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Streitwert oder die Forderung den Betrag von 11.000 Euro nicht übersteigt;
 - c) Vergabe von Aufträgen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, wobei erteilte Aufträge mit Beträgen ab 25.000 Euro dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben sind;

- d) Stundung von Geldforderungen bis zu einem Betrage von 11.000 Euro;
- e) Niederschlagung von Geldforderungen bis zu einem Betrage von 3.000 Euro;
- f) Erlass von Geldforderungen bis zu einem Betrage von 1.000 Euro;
- g) Verfügung über Gemeindevermögen, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, soweit der Wert im Einzelfall 11.000 Euro nicht übersteigt.
- h) Eintragung von Denkmälern in die Denkmalliste der Stadt Marsberg. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss ist über die jeweils durchgeführte Eintragung in die Denkmalliste zu informieren.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Zuständigkeitsordnung tritt am 01.04.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die frühere Zuständigkeitsordnung vom 28.11.2024 außer Kraft.